

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 20. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 25. April 2018
Sitzungsort: Aula Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger
Sonjic, Mirjam Benz, Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange,
Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman
Hintermeister, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick
Kneubühler, Andreas Lavicka, Simon Maurer, Jérôme Mollat, Niklaus
Morat, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin
Schaltenbrand, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice Stierli,
Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner,
Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon
Zimmermann

Entschuldigt: Ursula Krieger, Urs Pozivil, Jörg Waldner

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.30 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle der zurückgetretenen Christina Jans, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Anja Frei Geschäft 4378

2. Wahl eines Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Maya Meisel, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Alfred Rellstab Geschäft 4379

3. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste**, anstelle der zurückgetretenen Maya Meisel, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Alfred Rellstab Geschäft 4380

4. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2018, betreffend **Tagesferien (auch in Allschwil)**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4371

5. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.03.2018, betreffend **Quartierplanung „Wohnen Wegmatten“**, bestehend aus **Quartierplan und Quartierplan-Reglement**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4362 / A

6. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.03.2018, betreffend **Wegmattenpark**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4363 / A

7. Interpellation der SP-Fraktion, vom 19.04.2016, betreffend **Was läuft in Sachen Kommunikation in Allschwil noch wirklich gut?**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4285 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 20 vom 25. April 2018

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Simon Maurer

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Simon Maurer, Präsident: Ich begrüsse alle zur April-Sitzung. Ich begrüsse neu im Rat Alfred Rellstab, der für die zurückgetretene Maya Meisel in der SVP-Fraktion sitzt. Neu ist auch Mehmet Can, der in der SP-Fraktion für Patrick Lautenschlager nachgerückt ist. Ich wünsche den beiden viel Erfolg und gutes Gelingen, habt eine gute Zeit mit uns.

Im Weiteren sind mir zwei Rücktritte per 30.04.2018 eingereicht worden: Kathrin Schaltenbrand und Mirjam Benz, beide FDP-Fraktion. Nachrücken werden per 01.05.2018 Martin Münch und Manfred Jutzi. Den beiden Ausscheidenden herzlichen Dank für ihr Engagement. Schade, dass es so kurz war. Alles Gute auf dem weiteren Weg.

Es liegt mir keine dringliche Interpellation vor, auch kein dringliches Postulat und keine dringliche Motion. Sonstige Vorstösse, die eingegangen sind – bis jetzt alle noch ohne Geschäftsnummer: ein Postulat der SP-Fraktion «Zwischennutzung der Brache Bettenacker-Areal», ebenfalls von der SP-Fraktion ein Postulat «Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil Bettenacker-Areal» und nochmals von der SP-Fraktion ein Postulat mit dem Titel «Priorisierung des Schulweg- und Sicherheitskonzeptes», schliesslich von der SVP-Fraktion ein Postulat zum Thema «Schulwegsicherheit».

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass Ihnen diese rechtzeitig zugestellt wurde. Im Vorfeld war von Etienne Winter ein Änderungsantrag zur Einsetzung eines weiteren Traktandums eingereicht worden. Diesen Antrag hat er unterdessen zurückgezogen. An dieser Stelle möchte ich noch erwähnen, dass wir in Rücksprache mit dem Leiter Gemeindeverwaltung Patrick Dill das Geschäft 4336 A betreffend Allschwil-App unverändert an der Mai-Sitzung wieder traktandieren werden und es dann behandeln können. Ich frage den Rat an, ob es weitere Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. – Das ist nicht der Fall.

://:

Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle der zurückgetretenen Christina Jans, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Anja Frei, Geschäft 4378

Simon Maurer, Präsident: Es liegt mir der Wahlvorschlag Anja Frei vor. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie alle einen Steckbrief zu Frau Frei bekommen. Ich frage den Rat an, ob es weitere

Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob er mit stiller Wahl einverstanden ist. – Das ist der Fall.

://

Anja Frei ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Maya Meisel, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Alfred Rellstab, Geschäft 4379

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Alfred Rellstab vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

://

Alfred Rellstab ist in stiller Wahl als Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, anstelle der zurückgetretenen Maya Meisel, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Alfred Rellstab, Geschäft 4380

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Alfred Rellstab vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

://

Alfred Rellstab ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und zentrale Dienste für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2018, betreffend Tagesferien (auch in Allschwil)
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4371

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass diese Ferienwoche für Kinder und vor allem für die Eltern ein Bedürfnis ist. Deswegen sind wir gerne bereit, das abzuklären. Ich möchte aber an dieser Stelle schon sagen, dass dies, wenn man eine verstärkte Koordination wirklich wünscht, auch ein Preisschild nach sich ziehen wird. Für diese Prüfung ist ein Postulat sehr geeignet, darum empfehlen wir Ihnen die Entgegennahme.

Simon Maurer, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag zur Überweisung? – Das ist nicht der Fall.

://:

Das Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2018, betreffend Tagesferien (auch in Allschwil) ist an den Gemeinderat überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.03.2018, betreffend Quartierplanung „Wohnen Wegmatten“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4362 / A

Simon Maurer, Präsident: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute die 1. Lesung haben. Die Abstimmungen werden in der Mai-Sitzung stattfinden.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es freut mich ausserordentlich, Ihnen heute Abend im Namen des Gemeinderates das Geschäft Quartierplan Wegmatten präsentieren zu dürfen. Es handelt sich um eine längere Geschichte, die bereits 2010/2011 angefangen hat. Damals wurden zwei Initiativen eingereicht, die sich diametral widersprachen. Das eine war die Initiative «Wegmatten bleibt grün», das andere war der Masterplan, der dann schlussendlich an der Volksabstimmung und auch im Einwohnerrat obsiegte. Ich durfte ihnen am 8.11.2017 schon einmal einen Zwischenstand bekannt geben darüber, was bisher gelaufen ist. Wie Sie sich vielleicht erinnern, handelt es sich um eine zweigleisige Angelegenheit. Das eine ist die Erstellung des Parks, die nachher Gegenstand von Traktandum 6 sein wird, und die heute in einer Lesung behandelt wird. Beim jetzigen Traktandum geht es um den Quartierplan. Dabei geht es um ein Sondernutzungsrecht, welches sich in diesem Falle die Gemeinde selbst erteilt, weil – Sie konnten das den Unterlagen entnehmen – der Investor noch nicht feststeht. Dieser muss sich in einem Bieterverfahren, im Anschluss an dieses Quartierplanverfahren, darauf bewerben und bekannt geben, wie viel Baurechtszins er für die Parzelle von etwa 13'000 m² bietet. Es war ein Minimum vorgegeben von CHF 40 pro Quadratmeter.

Was ist der Gesamtnutzen für die Gemeinde? Ich glaube, grossmehrheitlich ist der Wegmattenpark in der Gemeinde Allschwil als Hundewiese bekannt; und darüber, dass man diesbezüglich eine Verbesserung erreichen will, ist man sich seit Jahren mehr oder weniger einig. Es geht um eine Drittelung der Parzelle von insgesamt etwa 39'000 m². Jetzt geht es um den Drittel vom «Elefantenacker», bei welchem in einem zweistufigen Wettbewerb ein Projekt obsiegt hat, das nach Meinung des Gemeinderats sehr zukunftsweisend und das beste Projekt ist, um an diesem Ort eine Bebauung zu realisieren. Das Ganze soll mit einem Baurechtsvertrag fixiert werden, dieser soll nach dem sogenannten Basler Modell, einem partnerschaftlichen Modell, ausgehandelt werden. Die erste Länge geht über 50 Jahre und wird dann von Zeit zu Zeit immer wieder nachgebessert aufgrund der Ertragslage. Nach 50 Jahren steht dem Baurechtsnehmer ein weiteres 30-jähriges Baurecht zu. Das steht in einem Vertrag, den wir Ihnen bereits vor zwei Jahren zur Genehmigung vorgelegt hatten. Danach kommt es dann nochmals zu einer Verlängerung von maximal 20 Jahren, bevor dann das sogenannte ordentliche Heimfallrecht eintreten würde, falls dannzumal die Nachfolger der heutigen Investoren das Baurecht nicht mehr haben wollen. Noch ein Wort zu den Setzungen dieser Häuser, die Sie den Plänen entnehmen können. Man hat dort eine Setzung ziemlich nahe an der Grenze gemacht, aber auch nicht zu nahe. Es ist so, und man hat das auch in der Baukommission besprochen, dass dem Investor und den Nachbarn die Möglichkeit eingeräumt ist, diesbezüglich miteinander zu verhandeln. Zum Mitwirkungsverfahren: Selbstverständlich hat der Gemeinderat Verständnis für die Nachbarn, die bisher jahre- und jahrzehntelang keine Bebauung nebenan hatten. Nun soll dort gebaut werden, und dann auch noch hohe Häuser. Das höchste von ihnen, das allerdings in einiger Entfernung stehen wird, hat zehn Stockwerke. Man hat auch dies in der Baukommission angeschaut und geprüft. Durch die Setzung der Baukörper, die nicht in einer Reihe zu stehen kommen, konnte man gewährleisten, dass immer wieder auch eine Sichtbeziehung zum Park gegeben ist und somit auch kein durchgehendes Schattenbild entsteht, sondern eines, das sich im Laufe der Tages- oder Jahreszeiten immer wieder verändert. Im Mitwirkungsbericht ist der Gemeinderat nicht auf die verschiedenen Eingaben eingetreten, mit Ausnahme einer einzigen, die von der Grünen Partei kam. Dabei ging es um Ladestationen für Elektro-Velos. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dies aufgenommen und weiter behandelt werden soll. Schlussendlich ist es aber auch Sache des Investors, ob er Ladeplätze für Autos, Velos etc. anbieten will. Der Gemeinderat jedenfalls steht dem Ganzen sehr

positiv gegenüber und wird das mittragen. Es gab auch zu Anfang des Jahres eine Mitwirkungsveranstaltung, bei welcher der Gemeinderat nochmals mit den Anwohnern ins Gespräch kam.

Gesamtheitlich sind wir überzeugt, dass dies aus verschiedensten Gründen im öffentlichen Interesse für Allschwil eines der nachhaltigsten Projekte ist, die man auf dieser Wiese realisieren kann. Nicht zuletzt gilt das auch in Bezug auf Alterswohnungen im EL-Bereich, sodass auch Menschen, die im Alter wenig Geld beziehen, sich eine Wohnung leisten können. Was wir sichergestellt haben, ist ein Mitspracherecht der Gemeinde. Das heisst, diese Wohnungen werden alle im Zusammenhang mit den sozialen Diensten der Gemeindeverwaltung vergeben. Das Interesse ist sehr gross. Man konnte sich bisher schon für diese Wohnungen anmelden, und die Liste ist schon recht lang. Es besteht also auch ein öffentliches Interesse, dass seitens der Gemeinde Wohnen im Alter angeboten wird zu Preisen, die bezahlbar sind.

Alles in allem möchte ich heute aber Fragen beantworten. Ich bin sehr froh, dass wir diese für Allschwil sehr wichtige Diskussion in zwei Sitzungen durchführen können, so dass Sie jetzt vor allem Gelegenheit haben, Fragen zu stellen, auch nach dem Bericht des Kommissionspräsidenten, der gleich nach mir sprechen wird. Es ist wichtig, dass wir die Fragen heute sammeln und dann versuchen, sie auf die zweite Sitzung hin zu beantworten, sodass wir dann in der Mai-Sitzung einen guten Beschluss fällen und den Quartierplan genehmigen können.

Andreas Bärtsch, Präsident der Kommission für Bau und Umwelt: Am 17. Juni 2012 wurde der Masterplan Wegmatten vom Allschwiler Stimmvolk angenommen. Darin war festgelegt worden, dass das Areal Wegmatten gedrittelt wird. Ein Drittel wird als Park genutzt, ein Drittel ist strategische Landreserve der Gemeinde und ein Drittel wird mit einer Wohnüberbauung bebaut. In der Abstimmung wurde auch festgelegt, dass die Wohnüberbauung eine Ausnutzungsziffer von 1.2 aufweisen soll und dass mindestens 40 Wohnungen gemäss dem Alterskonzept der Gemeinde Allschwil dem Betreuten Wohnen zur Verfügung stehen und EL-konforme Mietzinsen aufweisen soll. Aus diesen Abstimmungsvorgaben hat man die folgenden Ziele abgeleitet: Man soll eine qualitativ gute Wohnüberbauung mit differenzierten Wohnformen planen; man soll Wohnen im Alter ermöglichen; man soll eine Siedlungsverdichtung von hoher Qualität anstreben. Das soll geschehen durch haushälterischen Umgang mit dem Boden, und die Nutzungserhöhung soll gemäss den raumplanerischen Vorgaben von Bund und Kanton geschehen. Man möchte eine grosszügige Anlage und die Gestaltung des Aussenraums soll die Parkanlage aufnehmen und in die Wohnüberbauung hinein fortsetzen. Auch sollen der ökologische Ausgleich und die ökologische Vernetzung sichergestellt werden. Im Weiteren wollte man eine standortheimische Bepflanzung und eine naturnahe Begrünung haben, und der Baselmattweg soll aufgewertet werden. Ein Ziel war auch, dass man verkehrssarmes Wohnen fördern wollte, und der Hochwasserschutz sollte sichergestellt werden. Aufgrund dieser Ziele hat die Kommission für Bau und Umwelt in drei Sitzungen den Quartierplan «Wohnen Wegmatten», zusammen mit dem Geschäft Wegmattenpark, beraten. An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich den Leuten aus der Verwaltung und den Gemeinderäten danken, die uns in der Kommission mit sehr guten Inputs und sehr guter Beantwortung unserer Fragen, aber auch mit umfassenden Präsentationen unterstützten, sodass wir die Geschäfte fundiert, speditiv und kompetent abarbeiten konnten.

Sicht der Kommission: Aufgrund des Mitwirkungsberichts haben wir die vorgegebenen Gebäudesetzungen in der Kommission nochmals vertieft diskutiert und uns damit auseinandergesetzt, was passieren würde, wenn man die Gebäude breiter, höher oder schlanker machen würde. Nach längerer Diskussion kamen wir zum Schluss, dass es so wie vorgesehen richtig ist. Wie Gemeinderat Morat schon ausgeführt hat, sind die gesetzlichen Vorgaben für die Grenzabstände mit dem vorliegenden Entwurf eingehalten, und die Kommission hat sich am Schluss entschieden, dass die vorliegende Planung richtig ist. Die Kommission begrüsst, dass die Parkplatzanzahl reduziert wird, weil, wie wir alle wissen, der Wegmattenpark sehr zentral gelegen ist und eine sehr gute Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleistet ist. Man hat im Rahmen der Kommission natürlich auch diskutiert, ob man eventuell zusätzlichen Parkplatz bauen soll, den die Gemeinde nutzen könnte, hat dies dann aber verworfen. Bei den EL-konformen Wohnungen haben wir zur Kenntnis genommen, dass davon mehr geplant sind, als gefordert war. Es werden im Moment 44 Wohnungen ausgewiesen. Wir haben ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass sich aufgrund der EL-konformen Wohnungen der Baurechtszins um CHF 10.00 pro Quadratmeter reduziert, was eine Subvention von CHF 247.00 pro Wohnung und Monat ausmacht. Wir sind jedoch der Meinung, dass im Quartierplan-Reglement die Grössenangaben hinsichtlich dieser EL-konformen Wohnungen noch präzisiert werden sollen, indem die Nettofläche beziffert wird. Über längere Zeit haben uns auch die Einfriedungen im QP Wegmatten beschäftigt. Im QP ist definiert, dass keine privaten Einfriedungen erlaubt sind, sondern dass Einfriedungen, zu Deutsch also Gartenzäune, nur für gemeinschaftliche Nutzungen gesetzt werden dürfen. Man hat Pro und Contra abgewogen, wie weit man den privaten Aussenraum im Quartierplan schützen möchte, oder ob es höher zu gewichten ist, dass diese Siedlung wie ein Park daherkommt. Wir kamen zum Schluss, dass es richtig

ist, private Einfriedungen zu verbieten. Im Quartierplan wird ja beschrieben, dass man die privaten Aussenräume durch die Setzung von Bepflanzungen so abschirmen möchte, dass sie eine Einheit mit der Wohnung bilden und nicht zwingend vom Park her eingesehen und begangen werden können. Zur Hochwasserkote vertritt die Kommission die Meinung, dass man das kantonale Recht anwenden sollte. In Allschwil herrscht im Moment die Auffassung, dass neue Bauten auf eine Wiederkehrperiode von 300 Jahren ausgelegt werden sollen. Das ist eine Empfehlung der Gebäudeversicherung Baselland. Der Kanton gibt vor, dass die Hochwasserkote lediglich auf eine Wiederkehrperiode von 100 Jahren ausgelegt werden soll. Die Kommission ist der Meinung, dass man die Gesetzgebung des Kantons nicht weiter verschärfen soll, insbesondere weil ja in Allschwil Hochwasserschutzmassnahmen ergriffen worden sind, und diese greifen auch. Man sollte daher nicht mit solchen Auflagen Bauvorhaben zusätzlich verteuern. Im Rahmen der Bearbeitung haben wir dann noch festgestellt, dass im Quartierplan ein Widerspruch zum Projekt besteht, den man ausräumen sollte, weil das sonst Angriffsflächen für Einsprachen geben würde. Es geht dabei um die unterirdischen Bauten, bezüglich derer einerseits gesagt wird, sie dürfen nicht aus dem Boden herausragen. Im jetzigen Quartierplan ist jedoch eingezeichnet, dass der Einstellhallenbereich, um den Allgemeinbereich der Siedlung dezent von der Parkfläche abzusetzen, um 50 cm angehoben werden soll. Wir haben in der Kommission eine Umformulierung erarbeitet und legen dem Einwohnerrat ans Herz, dieser nachher zuzustimmen, damit so der Widerspruch ausgeräumt werden kann.

Mit den erwähnten Änderungen und Präzisierungen sind aus Sicht der Kommission die dem Quartierplanverfahren zu Grunde gelegten Ziele erreicht, und wir empfehlen dem Einwohnerrat, dem Geschäft – mit den von uns vorgeschlagenen Änderungen gemäss dem schriftlichen Kommissionsbericht – zuzustimmen.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur allgemeinen Beratung. Zuerst einige Erklärungen über den Ablauf. Wie schon erwähnt, handelt es sich um die erste Lesung. Über die Anträge wird erst in der zweiten Lesung in der nächsten Sitzung abgestimmt. Heute und auch in der nächsten Sitzung wird der Quartierplan behandelt, also der Bericht an den Einwohnerrat, das Quartierplanreglement und der Quartierplan selber (das gefaltete A3-Blatt). Alle weiteren Dokumente, die Sie erhalten haben – die öffentliche Urkunde, der Mitwirkungsbericht, der Planungs- und Begleitbericht, das Verkehrsgutachten und die Schattenstudien –, sind lediglich zur Kenntnisnahme und werden heute nicht im Detail beraten. Im Detail beraten werden wunschweise der Bericht sowie zwingend das Quartierplanreglement und der Quartierplan selber.

Allgemeine Beratung

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion bedankt sich für den ausführlichen, detaillierten und umfangreichen Kommissionsbericht. Wir betrachten es als einen wichtigen Meilenstein, hier und heute über die Zukunft dieses Quartierplans Wohnen Wegmatten und den angrenzenden Wegmattenpark zu entscheiden. Es wird hier ein grösserer öffentlicher Park und eine Begegnungszone für die Einwohner von Allschwil entstehen. Die jetzt noch brachliegende Wiese bekommt ein neues Gesicht und wird Allschwils neuer zentraler Erholungsort werden. Die gelungene Verknüpfung und fließende Verbindung des Wegmattenparks mit dem Neubauprojekt Wohnen Wegmatten vergrössert so optisch den Wegmattenpark. Es ist sogar gewünscht, dass die Umgebung des Wohnen Wegmatten öffentlich und somit für alle Allschwiler Einwohner benutzbar sein soll, besonders dann, wenn ein Café oder ein Bistro als Nutzer gefunden werden kann. Das und weitere Punkte, wie wir soeben erfahren haben, zeigt der Bericht der Kommission Bau und Umwelt auf. Ein ganz wichtiger Optimierungspunkt, wie soeben erwähnt wurde, ist auch, dass man den 300-jährigen Hochwasserschutz, der die Bauherstellungskosten verteuern würde, auf 100 Jahre reduzieren kann. Insbesondere kann man auch darauf hinweisen, dass die Gemeinde Allschwil zusätzlich ja schon diverse Schutzmassnahmen erstellt hat wie zum Beispiel das Rückhaltebecken des Mühlebachs. Kurzum, die CVP unterstützt diesen Bericht voll und ganz und bedankt sich für die gute Arbeit.

Andreas Lavicka, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion begrüßen das Projekt im Grossen und Ganzen. Ganz besonders begrüßen wir die 44 Wohnungen, die Wohnen im Alter ermöglichen, und die Freiräume, die in der Mitte der Überbauung entstehen werden, und die öffentlich zugänglich sein werden. Das braucht es auch in Allschwil. Die SP-Fraktion unterstützt das Projekt Wohnen Wegmatten.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich kann mich relativ kurz fassen. Die Fraktion der Grünen, GLP und EVP unterstützt das Projekt ebenfalls. Wir finden es sehr gut und schätzen auch die Integration in das ganze Konzept des Wegmattenparks. Wir werden auch allen Anträgen der Kommission zustimmen.

Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion: Auch wir von der FDP-Fraktion möchten uns bedanken für die Arbeit, die geleistet wurde. Wir werden den QP Wegmatten ebenfalls unterstützen und bitten, die Anträge der KBU anzunehmen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herzlichen Dank für die breite Zustimmung. Die KBU hat ja mehrere Anträge gestellt. Der Gemeinderat hat nach kurzer Beratung festgestellt, dass der monierte Widerspruch bei § 4 Abs. 2 tatsächlich besteht, und er stimmt diesem Änderungsantrag selbstverständlich zu. Das mit dem Hochwasserschutz ist für den Gemeinderat so eine Sache. Wir haben die Empfehlung der Gebäudeversicherung angenommen. Sie ist der Meinung, in diesem Gebiet müsse man so verfahren, bis die Hochwasserschutzmassnahme Lützelbach fertig ist. Wir geben diese Empfehlung so weiter, möchten es aber nicht als Vorschrift im Reglement haben. Auch in diesem Punkt können wir mehr oder weniger der KBU folgen. Es ist einfach wichtig, dass man das genau anschaut und es vielleicht auf die zweite Sitzung hin auch nochmals in den Fraktionen diskutiert, damit wir zu einem guten Beschluss kommen, so dass nicht die Gemeinde irgendwann einmal haftpflichtig wird. Aber wir können dem Antrag auf 100-jährigen Hochwasserschutz folgen. Wir arbeiten im Moment daran, dass der Hochwasserschutz am Lützelbach komplettiert wird. Bei der öffentlichen Urkunde geht es um die Kenntnisnahme von einem privatrechtlichen Dokument, das der Gemeinderat unterschreibt. Wir nehmen aber gerne in die weiteren Verhandlungen mit, dass klargestellt wird, dass es sich hier um eine Nettowohnfläche handelt. Diesen Präzisierungswunsch können wir gerne im Sinne einer guten Zusammenarbeit entgegennehmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage bezüglich der Erstellung des Lützelbach-Damms: Von welchem Zeithorizont reden wir da? Kann man dazu schon genaueres sagen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist schwierig abzuschätzen. Der Damm, der dort entstehen soll, soll ja zum grössten Teil auf privatem Land erstellt werden. Wir haben dort, wegen der Sondierungsbohrungen, schon einmal eine Runde gedreht bis zum Bundesgericht und zurück, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Es ist schwer abzuschätzen, wie lang ein Rechtsstreit dauern würde und wann der erste Bagger kommt, um am Lützelbach zu bauen. Bauherr ist der Kanton, da es sich um eine Wasserbaumassnahme handelt.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich erlaube mir, nachträglich noch meine eigene Meinung zu diesem Bauprojekt zu sagen. Ich werde mich der Unterstützung seitens meiner Fraktion nicht anschliessen. Ich bin der Meinung, dass diese monolithischen Blöcke mit einem grossen Bauvolumen bis zu zehn Stockwerken, die hier in die Landschaft gesetzt werden sollen, nicht ins Ortsbild passen, umso mehr, als die Bebauung ziemlich nah am Dorfkern ist, der mehrheitlich von zwei- bis dreistöckigen Wohnhäusern dominiert wird. Ich werde darum das Projekt, in Abweichung von meiner Fraktion, so nicht unterstützen.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts des Gemeinderats gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Lesung des Quartierplan-Reglements. Dieses wird paragrafenweise vorgelesen. Ich übergebe das Wort an den zweiten Vizepräsidenten.

Erlass, S. 1

keine Wortmeldung

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung, S. 1

keine Wortmeldung

§ 2 Art der baulichen Nutzung, S. 2

keine Wortmeldung

§ 3 Mass der baulichen Nutzung, S. 3

keine Wortmeldung

§ 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, S. 4

keine Wortmeldung

§ 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes, S. 6

keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung, S. 8

keine Wortmeldung

§ 7 Ver- und Entsorgung, S. 10

keine Wortmeldung

§ 8 Lärmschutz und Hochwasserschutz, S. 10

keine Wortmeldung

§ 9 Realisierung / QP-Vertrag, S. 11

keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen / Ausnahmen, S. 12

keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen, S. 12

keine Wortmeldung

Beschlussfassung und Genehmigung, S. 13

keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Wir kommen zur Lesung des Quartierplans.

Quartierplan

keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Wenn keine weiteren Wortbegehren vorliegen, stelle ich fest, dass die erste Lesung hiermit abgeschlossen ist. Die Abstimmungen über die Anträge des Gemeinderats bzw. der Kommission gemäss Bericht erfolgen im Anschluss an die zweite Lesung in der Mai-Sitzung.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.03.2018, betreffend Wegmattenpark
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4363 / A

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte den Einwohnerratspräsidentin anfragen, ob er nicht jetzt die Pause einschieben möchte.

Simon Maurer, Präsident: Ich hatte vor, dieses Geschäft zuerst noch behandeln zu lassen, denn es ist wichtig, dass es heute noch behandelt wird. Danach haben wir ja auch noch die Fragestunde. Das alles könnte sich in die Länge ziehen. Darum würde ich es vorziehen, das Geschäft Wegmattenpark jetzt noch zu behandeln und dann Pause zu machen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist ein unerhört gutes Gefühl für mich, dass wir nach der Volksabstimmung von 2012 zum Masterplan Wegmatten heute einen Erstellungskredit beantragen können über CHF 2.8 Millionen. Dank dem langen Verfahren – ich nenne es jetzt einmal lang – war es auch sehr intensiv, und ich bin der Meinung, wir haben die Bevölkerung sehr stark eingebunden, und so hat es auch zu einem sehr guten Resultat geführt. Das war auch der Grund, weshalb der Kostenbetrag, der in den Abstimmungsunterlagen genannt wurde, jetzt höher ausfiel. Der Gemeinderat hat nämlich erkannt, dass, wenn man die Öffentlichkeit einbezieht und deren Bedürfnisse abholt, in der Regel mehr Bedürfnisse zusammenkommen. Hierdurch haben wir nun nicht einfach nur eine Erweiterung des jetzigen Parks – nein, wir haben eigentlich zwei Drittel der Wegmatten-Fläche als Park ausgebildet. Aber damit hört es noch nicht einmal auf. Sie haben vorhin gehört, dass der Park auch noch ins Zentrum der vier Bauten, die auf dem Elefantenacker erstellt werden, hineinreichen soll. Wir haben also ein maximales Resultat erreicht. Heute kann man sagen, dass wir einen hohen Mehrwert haben werden dank neuen Wegen, die entstehen sollen, Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen, einem attraktiven Kinderspielplatz mit vielen Wasserspielen und einem Grillplatz. Und was auf keinen Fall fehlen durfte, wie bereits bei der Abstimmung bekannt war: Eine öffentliche Toilette muss selbstverständlich dabei sein. Mit all diesen Inhalten kam es dann zu den Mehrkosten, die wir Ihnen heute zur Abstimmung vorlegen. Ich bin aber der Meinung, dass wir diesen Weg unbedingt gehen müssen. Eine kleine Ergänzung möchte ich zu dem Antrag der Kinder- und Jugendkommission machen, der einfließen wird. Ich werde dazu nachher noch ein Statement abgeben. Aber ich empfehle Ihnen selbstverständlich, diesen Kredit zu bewilligen.

Andreas Bärtsch, Präsident der Kommission für Bau und Umwelt: Wie schon erwähnt, wurde in der Abstimmung vom 17. Juni 2012 auch der Wegmattenpark behandelt. Man ging damals von einer Grösse von 1.3 ha aus, wovon 0.8 ha neu und 0.5 ha bestehend sind. In den Abstimmungsunterlagen hat man, bei einem Quadratmeterpreis von CHF 200.00, Kosten von CHF 1.6 Millionen ausgewiesen. Weiter hatte man in den Abstimmungsunterlagen festgehalten, dass die strategische Landreserve deutlich von der Parkfläche abgesetzt sein, einen einfachen Ausbaustandard aufweisen und mit einer Magerwiese belegt sein soll. Auf Basis dieser Entscheide führte die Gemeinde zwei öffentliche Mitwirkungsveranstaltungen durch. Aus diesen entstand ein Projektwettbewerb, an welchem Landschaftsarchitekten und Architekten teilnehmen konnten. Als Sieger ging daraus das Projekt «Agrillus» hervor. In einem ersten Entwurf auf Stufe Vorprojekt stellte man fest, dass die Kosten viel zu hoch sind. Der Gemeinderat wies das Projekt zurück und forderte eine Überarbeitung mit dem Ziel, die Kosten zu reduzieren. Der heutige Wegmattenpark ist durch den neuen Radweg, der darüber führt, durch den Bachgraben, sowie die Strassenzüge Grabenring und Baselmattweg eingegrenzt. Dies definiert den Perimeter. Die Kommission für Bau und Umwelt hat das Geschäft zusammen mit dem Quartierplan Wegmatten in drei Sitzungen beraten. Auch hier möchte ich nochmals der Verwaltung und den teilnehmenden Gemeinderäten danken für die sehr gute Zusammenarbeit und die sehr gute Präsentation zum Wegmattenpark.

Die Sicht der Kommission: Aufgrund des Bauprojekt-dossiers, dem eine Kostenschätzung mit Genauigkeit +/- 10 % zugrunde liegt, konnte die Kommission feststellen, dass das Projekt den Projektphasen entsprechend die notwendige Planungstiefe erlangt hat, sodass die Kostensicherheit gegeben ist. Weiter konnte die Kommission feststellen, dass ein naturnaher Park geplant ist, und dass die Abgrenzung zwischen strategischer Landreserve und der eigentlichen Parkfläche klar erkennbar ist. Die strategische Landreserve ist im Wesentlichen als Magerwiese ausgebildet, die teilweise befestigt ist, damit man sie als Festfläche oder als Parkfläche benutzen kann. Im Park ist, wie schon von Gemeinderat Robert Vogt ausgeführt wurde, eine detaillierte Möblierung vorgesehen mit Spielgeräten, WC etc. Wir finden das

vorgelegte Projekt schlüssig und begrüssen die naturnahen Elemente, die dem Park eine spielerische Note verleihen. Hinsichtlich der Kosten stehen sich auf den ersten Blick CHF 2.9 Millionen und CHF 1.6 Millionen gegenüber, und man fragt sich, woher diese Mehrkosten von 1.3 Millionen kommen, und mit welcher Seriosität man die Kosten in den Abstimmungsunterlagen ermittelt hatte. Wie man aber feststellen kann, waren in den Abstimmungsunterlagen die Flächen, die mit Kosten belegt waren, klar beziffert; d.h., man ging von einer Parkfläche von 0.8 ha aus und stellte fest, dass die strategische Landreserve nicht enthalten sein soll. Die Kommission überprüfte sodann anhand der Kosten pro Quadratmeter, ob in die Mehrkosten von CHF 1.3 Millionen noch etwas mehr Luxus hinein gepackt wurde. Sie konnte dabei feststellen, dass in den Abstimmungsunterlagen von einem Quadratmeterpreis von CHF 200 ausgegangen wurde, wohingegen im jetzigen Projekt ein Quadratmeterpreis von CHF 165 ausgewiesen ist. Man kann daraus also ersehen, dass die Projektierer den Willen zu Einsparungen ernst genommen und umgesetzt haben. Die Kommission ist klar der Meinung, dass aufgrund der vorgelegten Projektunterlagen sowie der geprüften Kennwerte die ermittelte Baukostensumme gerechtfertigt ist. Sie empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Projekt Wegmattenpark ohne Ergänzungen zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hatte damals den Gegenvorschlag des Einwohnerrates zum Masterplan Wegmatten unterstützt und ihn an der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 mitgetragen. Dass man aber jetzt eine Kostensteigerung um 1.3 Millionen auf CHF 2.89 Millionen hat, sprich eine Zunahme von 80 % gegenüber dem, was man in den Abstimmungsunterlagen genannt hatte, stösst bei uns auf Ablehnung. Natürlich ist man, wie es der Kommissionspräsident ausführte, beim Quadratmeterpreis von CHF 200 auf CHF 165 heruntergegangen. Aber wenn schon nicht an den Kosten, so hat man sich jedenfalls nicht am damaligen Perimeter orientiert. So oder so hat man eine klare Differenz zu dem, was damals in den Abstimmungsunterlagen genannt wurde. Diese Differenz ist für unsere Fraktion zu gross, als dass wir das Geschäft ohne weiteres überweisen könnten. Wir möchten es an die Verwaltung zurückweisen mit dem Ziel, dass man bei den Kosten entgegenkommt, oder dass man es neu aufgleist und neu abstimmen lässt. Was uns auch ein wenig aufgefallen ist und fragwürdig erscheint: Wir sind genau bei 2.9 Millionen, also knapp unter der magischen Grenze von 3 Millionen, bei welcher man auf jeden Fall eine neue Abstimmung durchführen lassen müsste. Aufgrund dieser Faktoren können wir das Geschäft so nicht unterstützen und bitten um Unterstützung des Rückweisungsantrages.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Namens der Fraktion Grüne, GLP und EVP, die dieses Mal wirklich einstimmig votiert, kann ich sagen, dass wir diese Vorlage unterstützen und auf die von der SVP beantragte Rückweisung nicht eintreten wollen. Wir finden, es handelt sich um ein sehr gutes Projekt. Es macht, trotz der Mehrkosten, Sinn, dass man nicht eine weitere Brachfläche schafft, sondern mit einer verhältnismässig geringen Eingriffstiefe – und somit auch mit Mehrkosten, die in Verhältnis zum Ganzen relativ gering sind – etwas wirklich Gutes schafft, das aus einem Guss ist. Alles andere macht keinen Sinn. Man kann nicht erwarten, dass man quasi zwei Drittel des Wegmatten Areals als Park ausgestalten kann zum Preis von einem Drittel, das seinerzeit prognostiziert war.

Lukas Hess, SP-Fraktion: Wir von der SP Fraktion können uns dem Vorredner praktisch anschliessen. Für uns ist das Projekt so, wie es daherkommt, stimmig. Wir lehnen den Rückweisungsantrag ab.

Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion: Wir möchten uns bedanken für die ausführlichen Berichte. Für uns stimmt das Projekt. Wir werden ihm zustimmen. Sicher ist es nicht mehr das, was einmal zur Abstimmung kam, aber es hat sich eben über die Jahre hin entwickelt. Wir werden dem Rückweisungsantrag der SVP ebenfalls nicht zustimmen.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Auch wir von der CVP unterstützen den Kommissionsbericht voll und ganz. Bei der Frage der Mehrkosten muss man klar sehen, dass man die Neugestaltung des Parks als Ganzes ansehen und umsetzen muss. Würde man nämlich wieder zurückbuchstabieren, dann würde das bedeuten, dass man nur einen Drittel neu gestalten und den mittleren Teil so belassen würde, wie er jetzt ist. Das wäre dann dieses Hundeklo, und so würde es auch bleiben. Wir sind der Meinung, dass dies ein zentraler und wichtiger Erholungsort werden soll, ein schöner Park, und den soll man ohne Low cost-Variante – wie man es auch beim Lindenplatz diskutiert hat – umsetzen. Darum unterstützen wir den Kommissionsbericht und stimmen dem Rückweisungsantrag nicht zu.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe sehr Mühe damit, wenn man das Volk abstimmen lässt – und der Volkswille ist nun einmal das höchste Gut, über den wir als Einwohnerrat uns auch nicht hinwegzusetzen haben – und am Schluss dann irgendwelche Tricks anwendet. Da wird mir Franz Vogt wahrscheinlich recht geben: Mit 1.3 Millionen kaufe ich zwei Traktoren, säe diese Magerwiese ein und habe einen Stundenlohn, der extrem hoch ist. Es ist nichts als richtig, wenn man den Volkswillen endlich respektieren würde und das Projekt so umsetzt, wie man es zur Abstimmung gebracht hat. Oder man macht eine neue Vorlage und kann dann das Volk nochmals befragen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Auch der Gemeinderat ist sich bewusst, dass wir hier eine Abweichung haben gegenüber der Stimmvorlage. Aber wir haben ganz klar argumentiert, dass dort über eine Masterplanung abgestimmt wurde. Das heisst, entscheidend war in der Abstimmung, dass ein Drittel Park werden soll, ein Drittel frei bleiben und ein Drittel zur Wohnüberbauung freigegeben werden soll. Darum fanden wir, es sei sekundär, dass dort auch noch ein kleines Preisschild hinten dran hing. Und bei diesem Preisschild wurde ja sogar noch hinterlegt, welche Fläche ihm zugrunde lag. Und da sich jetzt diese Fläche verändert hat – aufgrund eines Mitwirkungsverfahrens, bei welchem die Öffentlichkeit einbezogen war –, ist der Gemeinderat der Meinung, dass er den Volkswillen voll und ganz achtet.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Volkswille... Ja, wir sind Volksvertreter. Hochgerechnet vertritt jeder und jede von uns rund 350 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Und wenn immerhin doch vier Fraktionen sagen, die auch Volksvertreter sind: Das Ziel ist gut; das Ziel ist die Zukunft – dann muss man einfach fragen: Wo ist die Volksvertretung?

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Da es anscheinend Unstimmigkeiten gibt ausgerechnet bei einem so empfindlichen Thema wie den Kosten, würde ich sagen, dass wir zum Thema Wegmatten namentlich abstimmen. Ich wäre froh, wenn sich fünf Einwohnerräte dafür finden würden.

Simon Maurer, Präsident: Wünschen Sie namentliche Abstimmung zum Eintreten, oder dann am Schluss des Geschäfts, sofern wir dann eintreten?

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Am Schluss des Geschäfts, wenn wir eingetreten sind.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen über das Eintreten ab.

://:

Mit 30 Ja zu 6 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen, auf das Geschäft 4364 / A, Wegmattenpark, einzutreten.

Allgemeine Beratung

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe damals dem Komitee «Wegmatten bleibt grün» angehört. Nachdem ich jetzt gesehen habe, was herausgekommen ist, bin ich sehr zufrieden und finde es total o. k. Man könnte sagen, das Motto ist jetzt «Wegmatten bleibt fast grün». Ich habe aber jetzt eine Frage zum Park. Mit Freude hatte ich mitgemacht bei der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an der Planung des Parks. Ich fand das eine sehr gute und spannende Sache. Schade fand ich – und in dem Sinne geht meine Frage in Richtung des Antrags der CVP –, dass diese Partizipation bei der Ausgestaltung nicht weitergeführt wurde. Auf eine Art haben mir das ja dann gemacht mit «Allschwil bewegt», das dieses Jahr zum vierten Mal durchgeführt wird; das ist ja eine Art Mitwirkung, indem wir den Park einfach direkt nutzen. Ein zweites Thema habe ich immer wieder, bis jetzt ohne Erfolg, seit drei Jahren dem Gemeinderat unterbreitet: die Idee eines Generationenparcours. Einen solchen gibt es seit drei Jahren in der Schützenmatte. Ich war dort als Fachperson beteiligt. Dieser Parcours wurde jetzt in einer erneuerten Form weitergeführt. Einige Male habe ich in den letzten drei Jahren beim Gemeinderat angeregt zu überlegen, ob man nicht auch im Wegmattenpark einen solchen Generationenparcours einrichten könnte. Ein solcher besteht aus Geräten, die dazu animieren, dass Kinder und ältere Personen zusammen trainieren – Geschicklichkeit, Kraft, Sozialkompetenz üben etc. Als dann Andreas Bammatter, der hier im Zuschauerraum sitzt, ein Postulat einreichte, hatte ich eigentlich auch schon ein solches vorbereitet gehabt; ich liess ihm dann den Vortritt. Ich möchte nun gern vom Gemeinderat wissen – das ist meine konkrete Frage – was ihn daran gehindert hat, dass Postulat von Andreas Bammatter im Zusammenhang mit der Gestaltung des Wegmattenparks zu beantworten. Das wäre wirklich eine tolle Gelegenheit für die Realisierung einer Sache, die Allschwil wirklich gut brauchen könnte.

Robert Vogt, Gemeinderat: Dank dem Vorschlag von Ueli Keller hatten wir bereits im Rahmen der Mitwirkung versucht, ganz viele Dinge einfließen zu lassen, die jetzt in diesem Vorprojekt enthalten sind, damit wir die Kosten schätzen konnten. Jetzt ist diese Phase abgeschlossen und es geht darum: Wollen wir diesen Park für CHF 2.89 Millionen realisieren, ja oder nein? Danach werden wir in die Ausführungsplanung gehen und dabei dann die Details berücksichtigen. Dort können wir dann solche Fragen behandeln, wie auch den CVP-Antrag, der das gleiche Anliegen hat. Dort können wir dann darüber reden, wie die Möblierung noch verändert werden soll. Das ist möglich.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Jetzt habe ich einfach noch schnell eine Frage. Ich nehme an, das ist nicht eine Null-Kosten-Runde. Das kostet auch wieder Geld. Wenn man es schichtweise macht, kommt man bei den Gesamtkosten auch über die 3 Millionen. Ein solcher Parcours mit seinen Geräten dürfte nicht ganz gratis sein. Auch im Schützenmattpark war er nicht gratis. Es ist schon ein sehr spezielles Vorgehen, viele Sachen herauszunehmen, dann wieder hineinzupacken, und am Ende ist man bei Gesamtkosten, bei denen das Projekt eigentlich vom Stimmvolk hätte kommen müssen. Mit dieser Vorgehensweise bin ich nicht einverstanden. Das ist absolut daneben. Das entspricht echt nicht dem Volkswillen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann Ihnen jetzt aber sagen: Mit diesem Kredit stellen Sie uns das Geld ja zur Verfügung und selbstverständlich würde ich den Betrag nicht überschreiten, wenn es jetzt noch weitere Forderungen gäbe. In der Detailplanung haben wir selbstverständlich schon Annahmen getroffen, um was für Spielgeräte es sich handeln könnte. Wenn man dabei das eine durch etwas anderes ersetzt und dies kostenneutral möglich ist, sehe ich überhaupt kein Problem. Um diese Feinjustierung geht es jetzt. Das ist keine politisch-strategische Frage, sondern eine Frage der Ausführung. Die erörtere ich gerne mit Ihnen.

Simon Maurer, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4363 abgeschlossen sind.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte noch gerne ein persönliches Anliegen zum Projekt Wegmattenpark bekunden. Es geht um das Benutzungswesen. In meinen Augen stellt ein Park einen Raum zur Erholung und zum Verweilen dar. Auf Seite 7, Ziffer 2.5 Parkwegnetz, ist angedacht, dass auf den meisten Wegen im Park das Velofahren erlaubt sein soll. Mir geht es dabei nicht um Kinder, die im Park herumvelölen werden, sondern um solche Velofahrer, die den Park als Durchgangsachse oder Abkürzung zwischen Grabenring und Bachgraben im Osten nutzen werden. Ob Dürrenmatte, Kannenfeldpark oder Schützenmatte, mir ist in der Region kein Park bekannt, bei welchem ein solcher Durchgangsverkehr gestattet ist, und das hat wohl auch seinen Grund. Halten wir uns einmal die Situation auf dem Rheinuferweg im Solitude-Park, zwischen Roche und Tinguely-Museum, vor Augen, wo sich Velofahrer und Fussgänger sehr wenig Raum teilen müssen: Kein Elternteil wird dort auf die Idee kommen, sein Kind herumspringen zu lassen. Ich bin nicht gegen den Allschwiler Versuch, möchte aber vom Gemeinderat gern wissen, wie er den Sicherheitsaspekt auf den Park wegen beurteilt, wenn ein Velofahrer mit seinem Flyer mit 45 km/h durch den Park fährt, um nicht die 20 Sekunden zu verlieren, die es ihn kosten würde, wenn er via Baselmattweg den Park umfahren würde.

Simon Maurer, Präsident: Obwohl das Geschäft eigentlich bereits abgeschlossen war, gebe ich Ihnen, Herr Gemeinderat Robert Vogt, nochmals das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Dankeschön, dass ich zu der Frage des Wegnetzes, das auf Seite 7 unseres Berichts behandelt ist, noch etwas ergänzen darf. Es handelt sich hier um eine abgekürzte Version, eine sehr viel ausführlichere Fassung ist in unserem Projektbericht enthalten. Die Farbgebung – violett für Radwege, rosa für Fusswege – ist falsch interpretiert worden. Es gibt eigentlich nur die Querung zwischen dem Familienfreizeithaus und dem Baselmattweg. Das ist diese Rampe, die über den Bachgraben führt. Das gibt eine schnelle Veloroute, eine Abkürzung ins Bachgrabengebiet. Alle übrigen Wege sind den Fussgängern und Kindern vorbehalten. D.h., wir werden das abgrenzen. Das ganze Wegnetz ist zwar mit anderem Belag ausgestattet, aber nicht für Velofahrer freigegeben. Dementsprechend sehe ich hier kein Sicherheitsrisiko, ausser auf dieser Schnellachse. Dort werden wir ausprobieren müssen, wie wir darauf reagieren.

Simon Maurer, Präsident: Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4363 endgültig abgeschlossen sind. Wir machen zwei Minuten Time out für die Feststellung, ob die erforderlichen fünf Unterschriften zum Antrag auf namentliche Abstimmung zustande gekommen sind.

TIME OUT

Simon Maurer, Präsident: Wir fahren fort. Zwei Dinge noch, ehe wir zu den Abstimmungen kommen. Es ist noch ein Antrag der CVP-Fraktion aufgegeben. Über diesen stimmen wir am Schluss – als vierten Antrag – ab. Für die Zukunft möchte ich darum bitten, dass man derartige Ordnungsanträge früher vorbereitet und rechtzeitig zur Hand hat, damit es nicht solche Verzögerungen gibt. Ich danke für die Mithilfe. Mir liegt jetzt also ein Antrag mit 5 Unterschriften auf namentliche Abstimmung über Antrag Ziff. 1 des Gemeinderats vor

Abstimmung

Anträge des Gemeinderats, S. 15 des Berichts:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinrat:

1. Für die Erstellung des Wegmattenparks wird ein Ausführungskredit von CHF 2'890'000 inkl. 7.7 % MWST bewilligt.

Mit Ja stimmen:

Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Mirjam Benz, Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister, Ueli Keller, Christian Kellermann, Andreas Lavicka, Simon Maurer, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Evelyn Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand, Melina Schellenberg, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Semra Wagner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter,

Mit Nein stimmen:

René Imhof, Patrick Kneubühler, Alfred Rellstab, Florian Spiegel, Henry Vogt, Simon Zimmermann

://:

Dem Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 31 Ja zu 6 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

2. Von der Kostengenauigkeit von +/- 10 % wird Kenntnis genommen.

://:

Dem Antrag wird mit 31 Ja zu 6 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

3. Eine allfällige Baukostenteuerung (Baupreisindex des Bundesamtes für Statistik für den Bereich Tiefbau / Grossregion Nordwestschweiz, April 2017 = 97.0 Punkte, Basis Oktober 2015 = 100 Punkte) wird genehmigt.

://:

Dem Antrag wird mit 30 Ja zu 6 Nein bei 1 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag der CVP-Fraktion:

Bei der Planung und Gestaltung des dezentralen Kinderspiels / Spielbereich ist die Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo) mit einzubeziehen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist grundsätzlich gewillt, die Kinder- und Jugendkommission in die Ausführungsplanung einzubeziehen. Weil das aber eine gemeinderätliche Kommission ist, die der Gemeinderat einsetzt, würde ich doch beliebt machen, dass man den Antrag ändert, umformuliert in einen Wunsch anstelle eines Antrags, und mir diesen Wunsch mit auf den Weg gibt; dies wäre formal der richtige Weg.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Wenn das so gewünscht wird, dann komme ich dem nach.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe ja auch eine Art Wunsch geäußert. Zum Geld möchte ich nur sagen: Wenn man es geschickt anstellt, finanziert diesen Generationen-Parcours die Gesundheitsförderung Schweiz.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ist gewünscht, dass ich den Antrag jetzt umändere, damit er in der neuen Form aufgelegt werden kann? Oder streiche ich einfach das Wort «Antrag» durch?

Robert Vogt, Gemeinderat: Er reicht, wenn du den Wunsch äusserst. Ich bin und der Gemeinderat ist bereit, den Wunsch zu erfüllen. Deswegen braucht es gar keinen Antrag. Wir machen das.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ich nehme das so zur Kenntnis. Ja, die CVP-Fraktion – und das ist auch der Wunsch der Kinder- und Jugendkommission – wünscht, dass diese mit einbezogen wird und das, was im schriftlichen Antrag festgehalten ist, umgesetzt wird.

Schlussabstimmung

//:

Das Geschäft 4363 wird mit 31 Ja zu 6 Nein bei 0 Enthaltungen als Ganzes abgeschlossen.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Simon Maurer, Präsident: Wir fahren fort mit der Sitzung. Eingangs hatte ich vergessen zu erwähnen, dass wir vom Regierungsrat eine Antwort erhalten haben auf die Resolution zum Flugverkehr über Allschwil. Wenn ich richtig informiert bin, wird Ueli Keller dazu in der Fragestunde eine Frage stellen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich darf eine Information geben für Henry Vogt im Speziellen und für alle anderen allgemein. Nach mehrfachem Nachfragen beim Kanton sind am letzten Freitag endlich die Antworten eingetroffen, wie in Sachen Schulwegsicherheit an der Fabrikstrasse, Querung Höhe Lettenweg, verfahren werden soll. Die Antworten liegen mir hier im Detail vor, wir konnten sie aber noch nicht als Postulatsbeantwortung aufbereiten. Der Kanton zeigt diverse Möglichkeiten auf, was für Massnahmen umgesetzt werden könnten. Er stellt auch in Aussicht, dass diese Massnahmen bereits im Mai 2018 vollzogen worden sein könnten. Damit gibt es eine Optimierung insbesondere bei den Sichtverhältnissen an den beiden Fussgängerstreifen. Es könnte also der Fall eintreten, dass die Beantwortung des Postulats erst zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo die Massnahmen schon umgesetzt sind. Deswegen die heutige Vorinformation.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich muss sie heute informieren, dass die Ausführung des beschlossenen Skulpturenpfads leider etwas nach hinten verschoben werden muss, und zwar wegen Kapazitätsengpässen bei der Fachstelle Kultur. Diese muss dort, bei einem 60%-Pensum, einen sehr hohen Effort leisten und hat den gleichzeitigen Auftrag, auch das Heimatmuseum voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist das Erfreuliche an dieser Information: Wir werden im August eine Kulturwoche veranstalten und damit auch das 50-jährige Bestehen des Heimatmuseums feiern. Die Vorbereitungen hierfür fressen relativ viel Zeit. Darum haben wir beschlossen, die Arbeit am Skulpturenpfad erst im August aufzunehmen. Sie haben das hier in der letzten Sitzung beschlossen, und darum haben sie auch ein Anrecht darauf zu wissen, wie es mit der Umsetzung steht.

FRAGESTUNDE

Simon Maurer, Präsident: Ich bitte darum, dass die Fragen, auch wenn sie schriftlich eingereicht wurden, jetzt nochmals mündlich gestellt werden.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wie der Präsident schon erwähnt hat, liegt eine Antwort des Regierungsrates auf die Resolution vor, die der Einwohnerrat mehrheitlich verabschiedet hatte. Meine Frage an den Gemeinderat ist, ob er gedenkt, auf diese Antwort des Regierungsrates (über welche ich mich jetzt nicht auslassen möchte) zu reagieren, wenn ja: in welcher Weise; und wenn nein: warum nicht?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Es ist klar, dass der Gemeinderat auch nicht hundertprozentig glücklich darüber ist, wie die Antwort des Regierungsrates ausgefallen ist. Als positives Element können wir daraus höchstens lesen, dass der Lärm zwischen 23 und 24 Uhr eingedämmt werden soll, wozu als Massnahme vorgeschlagen wurde, die Gebühren für Starts und Landungen um 50 % zu erhöhen. Ob diese Massnahmen Wirkung zeigen können, muss sich erst noch bewahrheiten, und der Gemeinderat wird ein Auge darauf haben, ob das auch wirklich eintritt. Im Weiteren überlegt sich der Gemeinderat auch, aufgrund der eingegangenen Antwort direkt mit dem BAZL in Kontakt zu treten, um mit dieser Stelle 1:1 in Kontakt zu kommen. Allgemein finden wir es natürlich schade und auch nicht unbedingt sehr zielführend, wie sich der Regierungsrat geäussert hat, gerade auch im Wissen darum, dass ja der Landrat zwei Postulate überwiesen hat, die eine Lärmreduktion zum Ziel haben. Der Gemeinderat wird sich also weiterhin in den Gremien, in denen er Einsitz hat, darum bemühen. Dass er weiterhin am Ball bleibt, zeigt sich auch schon darin, dass wir diese trinationale Charta zustande gebracht haben. Da ist es mit der Einreichung derselben noch nicht getan, sondern man wird diesen Forderungen weiterhin auf verschiedenen Kanälen Nachdruck verleihen. Man hat bei dieser Veranstaltung vom 23. April auch gesehen, dass sich der Flughafen ein wenig bewegt, wahrscheinlich nicht sehr viel, aber doch wenigstens ein bisschen. Nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein» wird man diese Wege weiterhin beschreiten.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke für diese Antwort. Ich möchte noch ergänzen, dass ich mich heute sehr gefreut habe über das Statement, das Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli gegenüber der bz abgegeben hat, sinngemäss: Was der Flughafen in Aussicht gestellt hat, reicht nicht. Aus meiner Sicht muss man weiterhin von Allschwil aus deutlich markieren.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich frage mich gerade, ob alle im Einwohnerrat genau mitbekommen haben, was der Flughafen kommuniziert hat in Bezug auf Massnahmen, die er in Zukunft ergreifen möchte, um die Lärmproblematik so in den Griff zu bekommen, dass wir zufrieden sind. Ich möchte darum kurz darüber informieren, was der Flughafen dazu am Montag bekanntgegeben hat. Er unterteilt die Massnahmen, die er ins Auge fasst, in kurzfristige und langfristige. Als kurzfristige Massnahme möchte er die Südstarts – das sind also die, die bei uns zu der grossen Lärmbelastung führen und vor allem in der Zeit zwischen 23 und 24 Uhr massiv zugenommen haben – mit einer Zielvorgabe reduzieren, und zwar um die Hälfte, von 200 auf 100 Bewegungen, was in etwa wieder der Zahl von 2014 entsprechen würde. Die Frage ist natürlich, wie der Flughafen das erreichen will. Eine Möglichkeit ist gemäss seinen Aussagen eine Zusammenarbeit mit den Airlines, sodass die Piloten nach Norden starten, wenn der Flughafen dies so durch gibt, und dass sie nicht weiterhin nach Süden starten, weil sie das so gewohnt sind. Als langfristige Massnahme zur Lärmeindämmung möchte man eine sogenannte «begrenzende Lärmkurve» definieren, und zwar eine, die für Frankreich und für die Schweiz gilt. Das ist meiner Meinung nach ein richtiger Ansatz, wie ich auch gegenüber der bz geäussert habe. Aber damit ist der Krieg noch nicht gewonnen. Denn die Frage ist ja, auf welcher Höhe die Lärmkurve letztendlich angesiedelt sein wird. Darum ist es ganz wichtig, dass wir uns weiterhin einbringen und dass wir auch ins Auge fassen, mit dem BAZL in Kontakt zu kommen, denn eigentlich sollte ja von dort her die Definition der Lärmkurve kommen, nicht vom Flughafen. Wir behalten den Daumen drauf und arbeiten daran in allen Gremien, in denen wir Einsitz haben. Das kann ich und kann der Gemeinderat Ihnen versichern.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich denke, es macht Sinn, dass ich an dieser Stelle meine Anschlussfrage ebenfalls zum Fluglärm stelle, und zwar zur Fluglärmkommission, die jedes Jahr einen Bericht schreibt zur Fluglärmbelastung. Nun war es so, dass die Umweltkommission UVEK des Grossen Rats Basel-Stadt diesen Bericht kürzlich als «lahmen Papiertiger» bezeichnet hat. Er würde zwar eine erhöhte Fluglärmbelastung feststellen, man vermisse aber konkrete Verbesserungsvorschläge. Daher meine Frage an den Gemeinderat, vor allem an Gemeinderat Franz Vogt als Mitglied dieser Fluglärmkommission, was seine Meinung dazu ist, dass diese Kommission offensichtlich wirkungslos ist. Und meine zweite Frage ist, wie eine wirksame Strategie gegen den Fluglärm aussehen könnte – wozu aber Gemeindepräsidentin Nüssli ja gerade schon Ausführungen gemacht hat. Ich möchte ausdrücklich anmerken, dass dies keine Kritik an Gemeinderat Vogt ist, denn ich bin mir bewusst, dass seine Einflussmöglichkeit innerhalb dieser Fluglärmkommission äusserst begrenzt ist, da er nur eines von 21 Mitgliedern ist.

Franz Vogt, Gemeinderat: Es ist natürlich klar, dass ich an dieser Stelle nicht zur Arbeit der Kommission Stellung nehmen kann. Das ist der Präsidentin Frau Heilbronner vorbehalten, und ich kann hier natürlich auch keine Interna, die in der Kommission besprochen werden, preisgeben. Was ich allerdings sagen kann, ist: Die Kommission hat – gemäss § 2 c) der Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Fluglärmkommission und die Ombudsstelle für Fluglärmklagen – klar den Auftrag, «Massnahmen zur weitergehenden Reduktion der Lärmbelastung, die technisch und betrieblich möglich sowie wirtschaftlich tragbar sind» auszuschöpfen, und weiter hinten heisst es, dass die Kommission den Regierungen der beiden Kantone konkrete Massnahmen vorschlagen soll. Nun haben Sie sicher die Fluglärmberichte der letzten Jahre gelesen. Sie enthalten immer den gleichlautenden Punkt «Es wurden keine Massnahmen geprüft.» Überlasse ich es nun Ihnen, ob Sie diese Kommission für einen Tiger oder für ein *Chatzebüsi* halten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte kurz einen Einschub machen. Wir haben doch diese Resolution zusammen verabschiedet, und wir haben jetzt eine Antwort bekommen. Mir ist nicht klar, wieso das Büro dieses Thema nicht einfach auf die Traktandenliste genommen hat, sodass wir hier drin darüber diskutieren könnten, statt nur Fragen an den Gemeinderat stellen zu dürfen, und auch darüber zu entscheiden, wie wir mit der Antwort des Regierungsrates umgehen wollen. Daher mein Vorschlag ans Büro, das Thema für die nächste Sitzung zu traktandieren.

Simon Maurer, Präsident: Wir hatten an der Bürositzung darüber gesprochen, wie wir das handhaben wollen. Das Reglement gibt uns keine Handhabe, dies von uns aus zu traktandieren. Entweder man hat einen Vorstoss oder man hat einen Bericht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Aber das Büro kann doch jegliches Traktandum, das es wünscht, auf die Liste setzen. Und wenn wir eine Resolution verabschiedet haben und eine Antwort drauf vorliegt, dann muss doch das in den Rat kommen und dieser muss darüber diskutieren können.

Simon Maurer, Präsident: Zum Thema Resolution steht im Geschäftsreglement: Der Einwohnerrat beschliesst eine Resolution und stellt sie dem entsprechenden Empfänger zu. Wenn wir von dem Adressaten eine Antwort bekommen, ist das nett. Damit ist Ende. Vielleicht ist das eine Schwachstelle im Reglement.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Aber dann kann doch ich euch jetzt diesen Auftrag erteilen. Im Reglement steht, dass der Einwohnerrat dem Büro den Auftrag erteilen kann, bestimmte Themen in der nächsten Sitzung zu traktandieren.

Simon Maurer, Präsident: Das können wir gern machen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Dann stelle ich hiermit explizit diesen Antrag gemäss § 16 Abs. 3 des Geschäftsreglements, wo es heisst: «Der Rat kann dem Büro weitere Aufgaben übertragen.»

Simon Maurer, Präsident: Etienne Winter hat den Antrag gestellt, dass wir an der nächsten Einwohnerratssitzung vom Mai 2018 das Traktandum «Resolution zum Flugverkehr über Allschwil» traktandieren, damit wir darüber reden können. Beschlüsse können wir zu diesem Zeitpunkt keine fassen, weil ja kein formeller Vorstoss vorliegt. Wir können einfach darüber *pläuderle*, bis die Rednerliste erschöpft ist. Wir stimmen über diesen Antrag ab. Wer an der nächsten Einwohnerratssitzung das Traktandum «Resolution zum Flugverkehr über Allschwil – Diskussionsrunde» traktandiert haben möchte, soll das mit der gelben Karte bezeugen.

://:

Dem Antrag von Etienne Winter, an der Einwohnerratssitzung vom Mai 2018 das Traktandum «Resolution zum Flugverkehr über Allschwil – Diskussionsrunde» zu traktandieren, wird mit 20 Ja zu 11 Nein bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich hätte jetzt eine Bitte, nämlich dass man das *Pläuderle* über das Thema zeitlich einschränkt, damit wir nächstes Mal nicht zweieinhalb Stunden über diese Resolution plaudern, sondern dass es vorgängig eine Leitplanke hat, zum Beispiel eine halbe Stunde nach der Pause, und dann ist gut. Sonst wird es uferlos.

Simon Maurer, Präsident: Ich nehme diese Anregung gern entgegen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Pardon, das kann ich einfach nicht schlucken. Ich habe heute gehört, es gibt Leute hier im Rat, die sagen, sie seien seit 1972 Ratsmitglied. Das stimmt natürlich nicht. Aber ich bin seit 1972 stimmberechtigt und durfte den ersten Einwohnerrat auch mitgestalten. Ich habe jetzt etwa 330 Einwohnerratssitzungen hinter mir. Aber ich habe noch nie gehört, dass es zu irgend einem Geschäft einen Redezeitabschluss gegeben hätte. Was soll das? Wenn wir ein Thema auf der Traktandenliste haben, dann sind wir alle hier drin als Volksvertreter dazu da, dass wir das austauschen, was nötig ist. Ich wehre mich vehement dagegen, zu irgend einem Geschäft, egal welches es sei – das kann ein Quartierplan sein oder auch eine Ruhebänk am Bachgraben oder die Grashöhe auf dem Lindenplatz – die Redezeit zu reglementieren. Das geht nicht. Punkt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Jetzt möchte ich einfach eines noch klarstellen: Es ist kein offizielles Geschäft. Es geht um einen Antrag, dass man das Thema diskutiert. Aber es ist kein offizielles Geschäft, und es ist auch nicht üblich, so einen Antrag zu stellen. Nun ist er angenommen worden, das ist in Ordnung. Ich stehe dahinter. Aber ich bin dagegen, dass man darüber zweieinhalb Stunden lang Federball spielt. Das bringt nichts. Denn wir können nichts beschliessen über diesen Punkt. Und dann finde ich, muss man auch nicht viel darüber reden. Man kann auf die wesentlichen Punkte aufmerksam machen und dann schliessen. Ein Austausch ist gut, aber der darf begrenzt sein. Das meine ich.

Simon Maurer, Präsident: Wir fahren fort in der Fragestunde.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ist der Gemeinderat bereit, aus dem Leitbild der Gemeinde die dort namentlich erwähnte Wirtschaftskammer Baselland herauszunehmen und stattdessen eine allgemeine Formulierung zu wählen, zum Beispiel dass die Zusammenarbeit mit «diversen Wirtschaftsverbänden» gesucht wird. Aufgrund der Vorkommnisse in jüngster Zeit rund um die Wirtschaftskammer, wo nun anscheinend schon zum zweiten Mal etwas in die falsche Richtung läuft, finde ich es nicht so toll, wenn sie so in unserem Leitbild steht. Mir geht es nicht darum, die KMU, die in der Wirtschaftskammer vereint sind, vor den Kopf zu stossen. Es geht mir einfach darum, dass die Institution nicht mehr namentlich im Leitbild stehen muss.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es dünkt mich schwierig, die Wirtschaftskammer aufgrund der Presseartikel aus dem Leitbild zu streichen. Aus dem Leitbild geht hervor, dass man mit Wirtschaftsverbänden zusammenarbeiten will. Ich fände es im jetzigen Zeitpunkt falsch, irgendetwas zu streichen, zumal wir ja immer noch nicht wirklich wissen, was da Sache ist. Es werden ja in diesem Zusammenhang alle ringsum angegangen, wie man heute oder gestern lesen konnte. Darum denke ich, wir können hier ruhig zu warten. Was ich aber sagen kann, ist, dass dieses Leitbild lebt und nicht ein für alle Mal definiert ist. Wir arbeiten damit, wir arbeiten mit den Zielen und vor allem mit den Massnahmen, und dabei nehmen wir das, was du hier angesprochen hast, sicher mit.

Roman Klausner, Gemeinderat: Es ist gerade heute in der bz ein wunderbarer Artikel darüber, wer alles involviert war in die Übung. Das war nicht nur die Wirtschaftskammer, das waren auch die Gewerkschaften. Ich bin im Begleitausschuss der Finanzkontrolle, und was man dort von uns verlangt, ist etwas, das ungesetzmässig ist. Die Finanzkontrolle hat bei der ZAK nichts zu kontrollieren. Das gibt es nicht. Ich finde es schade, wenn man eine Wirtschaftskammer, die in gewissen Bereichen sehr viel tut, etwa bei der Ausbildung der Lehrlinge, aus einem Leitbild streichen will.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe den Zeitungsartikel heute auch gelesen und bin zu dem Schluss gekommen, dass ich meine Frage trotzdem stelle. Der Gewerkschaftsbund macht weiss Gott keine gute Falle in dieser ganzen Geschichte, das ist mir völlig klar. Aber der Gewerkschaftsbund ist auch nicht Gegenstand unseres Leitbilds, der wird noch nicht einmal allgemein erwähnt, die Wirtschaftskammer sehr wohl. Ich habe meine Frage gestellt – was nun geschieht, liegt in eurer Kompetenz. Wahrscheinlich müssen wir auch abwarten, was politisch in Liestal noch passiert.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Am 8. November 2017 wurde die Motion Parkraumreglement eingereicht. Um die breite Abstützung des Vorstosses zu unterstreichen, wurden auch zwei Petitionen zu dem Thema eingereicht, eine vom Quartierverein Bohrerhof und eine von der IG Neuallschwil, in Abstimmung mit dem Quartierverein Bohrerhof, mit insgesamt über 500 Unterschriften. Ich hätte gerne gewusst, was die Ursache dafür ist, dass es sechs Monate braucht, bis der Gemeinderat darüber entscheiden kann, ob er bereit ist, die Motion entgegenezunehmen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wie du siehst, gab es fragende Blicke links und rechts. Ich kann nur versprechen: Wir gehen dem nach, schauen es an und klären es ab.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich bin froh, wenn ihr das abklärt. Ich habe in der Liste der Geschäfte nachgeschaut, die vom Ratsbüro kommt. Diese Liste lebt auch – wie euer Leitbild – und sie hat die Angewohnheit, dass plötzlich Termine geändert und nach hinten geschoben werden. Ich möchte einfach vermeiden, dass das Geschäft, dessen Traktandierung für den 16. Mai angekündigt ist, plötzlich nochmals nach hinten geschoben wird. Im Reglement steht nämlich, «in einer der nächsten Sitzungen» müsse man solche Dinge abhandeln. Darum meine Nachfrage: Kann der Gemeinderat bestätigen, dass die Motion Parkraumreglement an der nächsten Einwohnerratssitzung traktandiert werden kann? Und an das Ratsbüro: Falls ja, kann von Seiten Einwohnerratbüro bestätigt werden dass die Motion Parkraumreglement an der Sitzung vom 16. Mai so traktandiert wird, dass sie dann auch an dieser Sitzung behandelt werden kann?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: In dem Sinne bestätigen, dass man mich darauf behaften kann, kann ich das sicher nicht. Aber ich werde alles daran setzen, dass wir den Termin einhalten können.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich habe eine relativ einfache Frage. Wir haben vor längerer Zeit CHF 100'000 gesprochen für die Umgestaltung des Empfangsbereichs im Gemeindezentrum. Ich möchte fragen, wie weit man mit diesen Arbeiten ist.

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei der Umgestaltung dieses Eingangsbereichs handelt es sich um ein Projekt, das budgetiert ist und das wir selbstverständlich umsetzen wollen. Es ist aber wegen der Reorganisation der Verwaltung verschoben worden, und man hatte erst jetzt, am Montag dieser Woche, eine Zusammenkunft, bei welcher das Projekt gestartet wurde. Das heisst, erst jetzt wird man schauen, was genau man tun will. Man wird die Planungsphase ergreifen und dann die Ausführungsphase. Ich orientiere gerne wieder, wenn die weiteren Schritte vollzogen sind.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Besten Dank, das macht ja auch Sinn.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage bezüglich der Gemeindeordnung. Ich bin dort über § 8 gestolpert, der jetzt aufgelegt wird: «Wahlbüros – Es bestehen 3 Wahlbüros aus je 7 Mitgliedern.» Ich kenne in Allschwil 1 Wahlbüro mit 21 Mitgliedern. Ich bin dem nachgegangen und fand § 21 des Verwaltungs- und Organisationsreglements, wo ebenfalls von «Wahlbüros» in der Mehrzahl gesprochen wird. Der Präsident oder die Präsidentin des «Hauptwahlbüros» wird vom Einwohnerrat bestimmt. Ich kenne aber kein Hauptwahlbüro. Unsere Gemeindeverfassung ist rund 20 Jahre alt. Meine Frage lautet: Konstituiert der Einwohnerrat in Allschwil ein Wahlbüro, wie es im Reglement definiert ist? Falls nein: Kann das heute bestehende Wahlbüro aufgrund dieser Fehlkonstituierung und folglich fehlenden politischen und juristischen Legitimität überhaupt seine Rechte und Pflichten wahrnehmen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Fragen zum Wahlbüro sind nicht immer die einfachsten. *[Heiterkeit]* Aber ich würde meinen, wir haben hier ja Leute, die in diesem Wahlbüro aktiv mitarbeiten und die vielleicht mithelfen können, die Frage zu beantworten. Ich bin der Meinung: Der Präsident wird vom Einwohnerrat gewählt. Im Übrigen konstituiert sich das Wahlbüro selber. Das heisst, das Vizepräsidium wird vom Wahlbüros selber bestimmt, ebenso das Sekretariat oder was auch immer. Das mit dem «Hauptwahlbüro» und den «drei Wahlbüros» ergibt sich daraus, dass wir ursprünglich einmal drei Wahllokale hatten und es deshalb für jedes Wahllokal ein eigenes Wahlbüro gab. Man hat dann an der Anzahl von 21 Mitgliedern festgehalten, aber man unterscheidet formell nicht mehr zwischen Hauptwahlbüro und sonstigen Wahlbüros. Ich hoffe, ich habe das richtig wiedergegeben.

Simon Zimmermann, Wahlbüro-Mitglied: Diese Regelungen sind definitiv veraltet und müssten überarbeitet werden. Wir haben das Pflichtenheft auf den neusten Stand gebracht und arbeiten demgemäss.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Es ist eben so, dass jede Änderung der Gemeindeordnung vors Volk kommen muss. Es ist in der Gemeindeordnung von drei Wahlbüros die Rede, und wir konstituieren immer nur eines. Es war nur eine Frage.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe heute noch eine zweite Frage. Sie betrifft die Geschichte und den Zusammenhang des Abbruchs der Turn- und Konzerthalle. Bekanntlich haben ja acht Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil eine Beschwerde dazu eingereicht, und der Regierungsrat hat auf Ende April eine Stellungnahme in Aussicht gestellt. Nun könnte es sein, dass der Regierungsrat sagt, es müsse zu diesem Geschäft eine Volksabstimmung geben. Frage: Wie würde sich der Gemeinderat verhalten, wenn es zu dieser Volksabstimmung kommt und das Volk Nein zum Abbruch sagt. Was hätte der Gemeinderat in diesem Fall für Zukunftsideen?

Robert Vogt, Gemeinderat: Das ist ein sehr ernstes Thema. Ich bin bestürzt über diese Stimmrechtsbeschwerde, an der auch unser Einwohnerratsmitglied Matthias Häuptli beteiligt ist. Es handelt sich um ein juristisches Mittel, das einen dramatischen Unterbruch beim Abrissvorgang TuK Gartenstrasse mit sich brachte. Es verursacht auch Kosten, die wir jetzt tragen müssen, vielleicht sogar die Öffentlichkeit tragen muss, und das schmerzt mich sehr. Es ist aber ein laufendes Verfahren, wozu wir als Gemeinderat uns auch gegenüber dem Kanton geäußert haben, und der Regierungsrat wird dazu seine Entscheidung treffen. Erst wenn diese Entscheidung gefallen ist, werden wir sie wieder kommunizieren können. Vorher sind uns die Hände gebunden. Es tut mir leid.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich hab eine Frage bezüglich der Sanierung der Baslerstrasse. Wir wissen alle, die Sanierung läuft. Es gibt Behinderungen, das wissen wir auch. Ich möchte aber den Gemeinderat bitten, sich dafür einzusetzen, dass zukünftig die Anwohner bei grösseren Sperrungen und Wasserunterbrüchen frühzeitig informiert werden. Der Gemeinderat weiss, wo ich wohne. Wir haben es jetzt zweimal erlebt, dass man einfach eine Strasse dicht gemacht und das Wasser abgestellt hat, ohne vorgängige Information. Ich finde, einen Zettel in den Briefkasten zu werfen, wäre das Mindeste. Ich weiss, die Sanierung führt der Kanton durch, aber betroffen sind Gemeindestrassen. Und es wäre schön, wenn sich der Gemeinderat mindestens beim Kanton dafür einsetzen würde, dass man das ernst nimmt und die Anwohner bei so gravierenden Eingriffen frühzeitig informiert.

Franz Vogt, Gemeinderat: Seitens Kanton war kommuniziert worden, dass der Bauleiter den Auftrag hat, vorgängig zu informieren. Wir werden dies auf jeden Fall an den Kanton weitergeben, dass diese Information hier offenbar unterblieben ist. Es ist wichtig, dass die Betroffenen einbezogen werden und wissen, wenn so etwas passiert.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe rasch eine Ergänzung. Ich habe gerade gehört, dass die Anwohner an der Baslerstrasse informiert wurden. Aber am Dürrenmattweg wurde nicht informiert, und ich weiss nicht, ob der Kanton vielleicht nicht versteht, dass auch Strassenzüge neben der Baslerstrasse betroffen sind und nicht nur die Baslerstrasse selbst.

Franz Vogt, Gemeinderat: Wir geben das gern so weiter.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Der Rückbau des Schulhauses Bettenacker ist ja nun gut unterwegs und wir haben auch beschlossen, dass das Gebiet später im Baurecht abgegeben werden soll. Ich habe eine Anschlussfrage zum Schulhaus Gartenstrasse: Gibt es seitens des Gemeinderates schon Aktivitäten für die Nachnutzung?

Robert Vogt, Gemeinderat: Beim Areal Bettenacker schreiten die Rückbauarbeiten gut voran und wir gehen davon aus, dass das Areal bis Ende Jahr bodeneben ist. Beim Bettenackerareal ist es aber so, dass dort in Zukunft unter Umständen auch eine Schulnutzung stattfinden könnte. Deswegen ist unsere Schulraumplanung im Moment noch in Abklärung. Erst wenn wir sicher sind, dass die Schulraumplanung den Bettenacker-Raum nicht beanspruchen wird, werden wir versuchen, ihn auf dem Markt anzubieten – im Baurecht, wie es der Einwohnerrat beschlossen hat. Zur Gartenstrasse kann ich leider noch gar nichts sagen, aus den vorhin erwähnten Gründen. Denn die Stimmrechtsbeschwerde verhindert momentan jedwelche Planung. Wir sind da wirklich blockiert.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Fragen. Somit ist die Fragestunde beendet. Wir fahren in der Traktandenliste weiter.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation der SP-Fraktion, vom 19.04.2016, betreffend
Was läuft in Sachen Kommunikation in Allschwil noch wirklich gut?
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4285 / A

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerreihenfolge gemäss Geschäftsreglement ist: Fraktionsvertreter, anschliessend Gemeinderat.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich hatte im Vorfeld allen Fraktionen einen Änderungsantrag zur Traktandenliste zukommen lassen. Den Antrag habe ich aber nicht gestellt. Den Grund dafür und das Anliegen möchte ich kurz erläutern. An der vergangenen November-Sitzung haben wir über das Geschäft 4336/A mit dem Titel «Einführung einer App für die Gemeinde Allschwil» der CVP-Fraktion beraten. Nach dem ersten Votum der Einwohnerrätin Beatrice Stierli hatte ich im Namen der SP-Fraktion das Anliegen geäußert, man solle jenes Geschäft doch bitte erst im Anschluss an die noch ausstehende Darstellung des Kommunikationskonzepts behandeln; das hätte für mich bedeutet: an der gleichen Sitzung. Begründet hatte die SP-Fraktion ihr Anliegen insofern, als man zuerst das übergeordnete Kommunikationskonzept fertig ausarbeiten und dem Rat vorlegen sollte, bevor man einen weiteren Kommunikationskanal der Gemeinde öffnet und so das Risiko einer weiteren Misskommunikation erhöht. Als ich nun die Traktandenliste für heute in die Hände bekam, musste ich feststellen, dass dem von der SP-Fraktion bekundete Anliegen einer Behandlung beider Punkte in einer Sitzung nicht Folge geleistet wurde. Im Rückblick, unter Einbezug des Protokolls, hat sich gezeigt, dass auf das von der SP-Fraktion formulierte Anliegen kein expliziter Antrag auf Verschiebung des Geschäfts erfolgt ist, sondern die Rednerliste war nach den zwei Wortmeldungen erschöpft gewesen, und der Rat hat im Anschluss daran mit 21:9 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen. Ich persönlich war davon ausgegangen – und das ist heute noch meine Meinung – dass damit der Rat dem formulierten Anliegen – nicht Antrag! – mit grosser Mehrheit gefolgt ist. Im Nachhinein ist man halt immer schlauer, und in künftigen Fällen werde ich explizit den Antrag auf Geschäftsverschiebung stellen. Da ich jedoch zu meinem Wort stehe und keine weitere unbegründete Verschiebung des CVP-Vorstosses gutheisse, hatte ich allen Fraktionen den genannten Änderungsantrag zur Traktandenliste zukommen lassen, mit dem Novum, ein Geschäft zusätzlich auf die Traktandenliste zu setzen, eben das Geschäft 4336/A. In Korrespondenz mit dem Einwohnerratsbüro und mit Ruedi Spinnler hat sich ergeben, dass unser Geschäftsreglement lediglich den Antrag auf Absetzung von Traktanden, jedoch nicht auf Einsetzung neuer Traktanden vorsieht. Ein expliziter Ausschluss dieses Vorgehens ist aber auch nirgends festgehalten. Ebenfalls nirgends festgehalten ist übrigens die Verschiebung der Reihenfolge von festgesetzten Traktanden, was jedoch in diesem Rat schon praktiziert wurde. Ich denke da zum Beispiel an einen gutgeheissenen Antrag von Einwohnerrat Niklaus Morat an der Einwohnerratssitzung vom Februar 2017, wo die Behandlung des Leitbilds «Zukunft Allschwil» auf der Traktandenliste vorgezogen wurde. Ruedi Spinnler hat mich jedoch auf § 55 des übergeordneten Gemeindegesetzes aufmerksam gemacht. Dort heisst es, dass über Geschäfte, die nicht mindestens zehn Tage vor der Sitzung publiziert wurden, keine Beschlüsse gefallt werden dürfen. Soll heissen: Grundsätzlich ist der Antrag nicht gesetzeswidrig, aber man kann an der Ratssitzung selber gar keinen Beschluss fassen. Weil der Antrag auf Traktandenlistenänderung einfach nicht zielführend ist, hat die SP-Fraktion beschlossen, ihn heute nicht einzureichen. Trotzdem möchte ich festhalten, dass die SP-Fraktion die gemeinsame Behandlung beider Geschäfte an der gleichen Sitzung bevorzugt hätte. Ich möchte aber auch klar bekunden, dass dem Büro kein Verfahrensfehler unterlaufen ist. Diesen Vorwurf hatte ich im Vorfeld erhoben und möchte dafür an dieser Stelle herzlich um Entschuldigung bitten. Jedoch erlaube ich mir einen kleinen Appell. In § 16 Abs. 2 lit. i. des Geschäftsreglements heisst es betreffend der Aufgaben des Büros: «Es bestimmt nach Rücksprache mit dem Gemeinderat die Traktandenliste für jede ordentliche Sitzung. Ähnliche Geschäfte und zusammenhängende Anliegen sind nach Möglichkeit gleichzeitig zu traktandieren.» Da vom Gemeinderat keine Neubeantwortung des Geschäfts angedacht ist, muss ich festhalten, dass der Möglichkeit einer gemeinsamen traktandiert eigentlich nichts im Weg gestanden hat. Und ein Zusammenhang zwischen beiden Geschäften besteht. Als kleiner Gratistipp für den Gemeinderat für die nächste Sitzung: Wenn es sich da nicht um einen Kommunikationsfehler zwischen Büro und Gemeinderat handelt: Nach Aussage des Büros ist keine Neubeantwortung des Geschäfts 4336/A geplant. Soll heissen, der Gemeinderat steht weiterhin hinter der Lancierung einer Gemeinde-App. Im vorliegenden Kommunikationskonzept, das wir jetzt besprechen werden, finden wir auf Seite 15, als zweitletzten Satz, jedoch folgendes: «Stand heute verzichtet Allschwil auch auf derzeit sich auf dem Markt befindlichen Gemeinde-App-Lösungen.» Das beisst sich ein bisschen. Und da muss der Gemeinderat vielleicht im Vorfeld der nächsten Sitzung nochmals über die Bücher gehen, wie er das nun genau handhaben will.

Soweit zu diesem Anliegen. Ich möchte aber gerne auf das Kommunikationskonzept zu sprechen kommen. Vor gut zwei Jahren hat die SP-Fraktion eine etwas spitz formulierte Interpellation unter dem Namen «Was läuft in Sachen Kommunikation in Allschwil noch wirklich gut?» eingereicht. Beweggrund für die Einreichung des Vorstosses war die von uns als sehr hektisch und unkoordiniert empfundene Kommunikation seitens Verwaltung und Gemeinderat rund um die Situation Stiftung Tagesheim und Tageseltern gewesen – was jedoch, wie ich ebenfalls einräumen muss, nicht gerade die einfachste Angelegenheit war. Der Gemeinderat und die Verwaltung hatten ein Verbesserungspotenzial ebenfalls festgestellt, wie wir der Antwort entnehmen können, und hat nun heute, nach zwei Jahren, ein Kommunikationskonzept vorgelegt. Es ist ein sehr gutes Kommunikationskonzept; das möchte ich hier auch betonen.

Ich habe drei Wörter: Herzblut, Vollständigkeit und Kommunikations-GAU. Zum Herzblut: Es ist auf jeder Seite in diesem Konzept erkennbar, dass in diesem Konzept viel Zeit, Arbeit und eben auch Herzblut steckt. Das liegt nicht einfach daran, dass es eine grosse Zahl von Seiten umfasst, sondern es ist inhaltlich sehr zusammenhängend und klar und deckt zahlreiche Kommunikationsaspekte ab; und es ist in seiner Ausarbeitung zielgerichtet und selbstreflektierend. Daher namens der SP-Fraktion ein grosses «Chapeau» an die Verwaltung. Vollständigkeit: Oft ist es bei solchen Konzepten der Fall, dass man eines schreibt und dann denkt, so, jetzt ist die Arbeit getan, wir können nach Hause gehen. Im Gegenteil: Jetzt fängt die Arbeit erst richtig an. Denn jetzt startet die Phase der Umsetzung und der Kontrolle. Diesbezüglich, also besser formuliert: bezüglich des Einbezugs der Evaluation gibt es ebenfalls ein «Daumen hoch». Und nun zum dritten Punkt, den ich nannte: mittelgrosser Kommunikations-GAU. Wieso? Es hat mich extrem geärgert, ja, ich war richtig genervt, dass genau jetzt in der Premiere der Kommunikation ein so dummer Fehler passiert ist. In der Auflistung von Zielgruppen, die in interne und externe aufgeteilt sind, liest man auf Seite 8 unter Ziffer 9.2 eine beispielhafte Auflistung von «spezifischen Untergruppen» von Einwohnerinnen und Einwohnern: «Eltern, Schüler, Mieter, EFH-Besitzer, Pendler, AHV-Bezüger, Altersheime, Jugendliche, Ausländer (Asylanten), Freizeitsportler etc.» Wieso nervt mich das? Zum Ersten werden schon einmal alle Ausländer als Asylanten beschrieben. Das stimmt genau so wenig wie die Aussage, dass alle Schweizer den ganzen Tag Kühe melken, Fondue essen und jodeln. Zweitens wird das Wort «Asylant» verwendet. Und da muss ich einfach ganz klar feststellen: Die Entstehung dieses Wortes kommt aus einem fremdenfeindlichen Kontext und hat für mich in diesem Konzept nichts verloren. Diesen Begriff kann man meinerwegen am Stammtisch gebrauchen, das ist mir egal, oder man kann ihn in einer E-Mail verwenden, auch das ist mir egal. Wo er aber keinen Platz hat, ist in einer amtlichen Publikation, und am allerwenigsten in einem Kommunikationskonzept. Das ist ja der Irrsinn. Und da frage ich mich, welches Image pflegt jetzt Allschwil durch seine Kommunikationspolitik? Diese Frage hatten wir unter Ziff. 2 unserer Interpellation gestellt, und in der Antwort des Gemeinderats heisst es: «Das Image unserer Gemeinde wird wesentlich durch die Art und Weise der Kommunikation bestimmt. Eine gute Kommunikation schafft Transparenz und Vertrauen, weckt Interesse, beugt Gerüchten vor und verhindert Unklarheiten und Spekulationen und erhöht die Toleranz und Akzeptanz.» Akzeptanz durch den Ausdruck «Asylanten». Ich finde es wie gesagt jammerschade, dass es die Gemeinde, bei einem so tollen Konzept, verpasst hat, die gute Chance wahrzunehmen, und das hier so eine Fehlkommunikation passiert ist.

Gerne möchte ich daher vom Gemeinderat diesbezüglich wissen: 1. Wie positioniert sich der Gemeinderat gegenüber in Allschwil wohnenden, arbeitenden, Steuer zahlenden oder vielleicht auch auf der Gemeinde selber angestellten Ausländerinnen und Ausländern? 2. Wie positioniert sich der Gemeinderat gegenüber den Bewohnern im Wohn- und Durchgangszentrum Atlas, die auf unserem Gemeindeboden gastieren? 3. Wie kann so ein wirklich dummer Fehler passieren, sprich wer liest solche Berichte nochmals durch, bevor sie nach aussen gehen? Und 4.: Mit welchen Mitteln implementiert der Gemeinderat das vorliegende Kommunikationskonzept so in der Gemeinde Allschwil, dass genau solch ein Kommunikationsfehler, wie wir ihn heute auf dem silbernen Tablett präsentiert bekommen, nicht mehr passiert?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Sie haben die Antworten des Gemeinderats zur Interpellation der SP-Fraktion zum Thema Kommunikation für die heutige Einwohnerratssitzung erhalten. Ich denke, ich muss diese nicht wiederholen, Sie konnten sie alle lesen. Erlauben Sie mir aber bitte ein kurzes Fazit. Der Gemeinderat hat aufgrund der Analyse der vergangenen Vorkommnisse gesehen, dass die Kommunikation ein wichtiger Bestandteil seiner Arbeit ist, und dass – dies ist das Wichtigste – diese Kommunikationsarbeit gestärkt werden muss. Der Gemeinderat hat deshalb dieses Kommunikationskonzept erarbeiten lassen. Aus dem Konzept ist ersichtlich, wie Prozesse ablaufen sollen und vor allem, wie die Verantwortlichkeiten geregelt sein müssen. Zudem hat sich der Gemeinderat kommunikationsmässig, d.h. personalmässig, aufdatieren lassen. Er hat die Kommunikationsressourcen von einem Pensum von bis anhin nicht einmal ganz 60 % auf 100 % aufgestockt. Der Gemeinderat geht davon aus, dass er so in Zukunft kommunikationstechnisch besser aufgestellt ist. Es ist aber klar, dass damit die Arbeit im Bereich der Kommunikation noch nicht beendet und abgeschlossen ist. Es gilt jetzt nämlich, das Konzept – das, wie ich vorhin von Etienne Winter gehört habe, gute Kommunikationskonzept – auch umzusetzen. Sie haben gesehen, das Konzept ist sehr umfangreich geworden. Damit das Ganze letzten Endes auch anfängt zu leben, müssen die wichtigsten Punkte herauskristallisiert werden. Es gilt vor allem, die damit arbeitenden Stellen zu schulen. Das heisst, man muss sein Konzept letzten Endes auch auf den Boden bringen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir mit diesem Konzept auf einem guten Weg sind, und dass in diesem Sinne solche «dummen Fehler» – wie du, Etienne einen, in Gestalt des Wortes «Asylant», angesprochen hast – künftig verhindert werden können. Vielleicht noch ganz kurz zu diesem letzten Punkt: Das ist wirklich ein saudummer Fehler, das darf ich so sagen. Das Dumme ist noch, dass es uns aufgefallen war, und dass wir es eigentlich zur

Korrektur zurückgegeben hatten, aber letzten Endes ist der Fehler dann nicht korrigiert worden, sondern stehen geblieben. Gleichwohl – damit ich das auch noch gesagt habe – habe ich mich zu der Herkunft des Wortes «Asylant» vor der Sitzung noch ein wenig schlau gemacht. Das Wort war ursprünglich ein unschuldiges Wort. In den 1960er Jahren wurde es häufig verwendet, und zwar in einer harmlosen Art und Weise. Erst seit den 1980er Jahren wurde das Wort zumeist abwertend gebraucht; vor allem diente es dazu, Menschen zu bezeichnen, die man hier nicht haben wollte. Und ich glaube, es ist ganz klar, dass die Gemeinde Allschwil ein solches Wort nicht verwenden will und dass es komplett falsch ist an dem Ort, wo es hier steht. Jetzt ist es passiert. Wir können nicht viel mehr machen, als es zurückzunehmen. Es zeigt für mich aber einmal mehr: Man kann eine hervorragend gute Arbeit machen, die zu 99 % toll ist – und irgendwo ist trotzdem ein kleiner Wurm drin, und der wird gefunden, und am Ende steht das Ganze in einem negativen Licht. Wir müssen daran arbeiten, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert. Wir haben uns, wie ich meine, auch ganz viel Mühe gemacht, in diesem Konzept genderfreundlich zu formulieren, was ja hier drin auch schon ein Thema war.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Besten Dank. Ich habe wie gesagt nichts gegen dieses Konzept, ich finde es sehr gut. Den kleinen, aber doch etwas grösseren Fehler finde ich schade, aber so etwas kann passieren. Und ich danke für die klaren Worte des Gemeinderats, dass er sich hiervon distanziert.

Simon Maurer, Präsident: Diskussion findet statt, wenn es keinen Gegenantrag gibt. Gibt es einen Gegenantrag? – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussionsrunde eröffnet.

Lukas Hess, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage zur Umsetzung des Konzepts. Mir ist aufgefallen, dass in offiziellen Ortsplänen von «Asylantenwohnheimen» die Rede ist. Das wäre doch jetzt gerade die Chance, dass Kommunikationskonzept anzuwenden und die Ortspläne daraufhin zu kontrollieren..

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion heissen das Kommunikationskonzept sehr willkommen. Wir sind froh, dass die Gemeinde Allschwil jetzt ein so gut ausgearbeitetes Konzept hat. Das hat in der Vergangenheit gefehlt. Es ist sehr klar, wer wann für die Kommunikation zuständig ist. Das ist das A und O, wenn einmal eine mediale Krise stattfinden würde. Es ist schön, wenn man ein Konzept hat. Man muss aber auch wissen, wie man es anwendet. Es ersetzt keine Medienschulung für die Leute, die dann vorne hin stehen müssen. Darum möchten wir den Gemeinderat beliebt machen, dass alle Personen aus der Verwaltung und auch aus dem Gemeinderat, die möglicherweise einmal vor die Medien treten müssen oder dürfen, solch eine Medienschulung bekommen.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Abgestimmt wird darüber nicht.

Wir sind am Ende der Traktandenliste. Es ist auch Punkt 21:00 Uhr, eine perfekte Punktlandung. Ich wünsche allen einen schönen Abend, und wir sehen uns in einem Monat wieder.

ENDE DER SITZUNG 21.00 UHR
